

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Mayawati neue Chief-Ministerin in Uttar Pradesh

Die Generalsekretärin der 'Bahujan Samaj Party' (BSP), Mayawati, legte Anfang Juni den Amtseid als neue Chief-Ministerin in Uttar Pradesh ab, nachdem die bisherige Regierung unter Mulayam Singh Yadav von Gouverneur Motilal Vora entlassen wurde. Die 18-monatige Amtszeit Yadavs ging zu Ende, nachdem der bisherige Koalitionspartner BSP ihm die parlamentarische Unterstützung verweigert hatte. Mayawati warf Yadav unter anderem vor, Wahlversprechen für Unterprivilegierte nicht einzulösen. Zusätzlich wurde zwischen den beiden Parteien keine Einigung über Quoten in Verwaltung und Schulen für niedrigkastige Hindus und Harijans erreicht. Mit Mayawati regiert in Uttar Pradesh zum zweiten Mal eine Frau und zum ersten Mal eine Angehörige der Dalits. Mayawati muß nun Koalitionspartner finden, um im Parlament die notwendige Mehrheit zu erhalten. Die Entscheidung Mayawatis, der Regierung Yadavs die Unterstützung zu verweigern, ist innerhalb der BSP nicht unumstritten und führte zunächst dazu, daß 25 Abgeordnete der BSP ihren Parteiaustritt verkündeten und eine eigene Partei gründeten. Inzwischen haben jedoch zehn dieser Abgeordneten ihren Rücktritt zurückgezogen und wollen in der BSP bleiben. Damit besteht im Landesparlament Uttar Pradeshs vorerst folgende Sitzverteilung: 'Bharatiya Janata Party' (BJP) 177, 'Samajwadi Party' (SP) 131, 'Bahujan Samaj Party' (BSP) 54, 'Congress-I' 32, 'Janata Dal' 4, CPI und CPM jeweils ein Sitz, acht Unabhängige und die 15 ex-BSP-Angehörigen. Zwar hat Mulayam Singh Yadav seine Bereitschaft erklärt, die neue Regierung zu unterstützen, dennoch ist Mayawati mit ihrer Dalitpartei wohl vor allem auf die Unterstützung der hinduchauvinistischen BJP angewiesen, deren Wählerschaft sich vor allem aus den oberen brahmanischen Gesellschaftsgruppen rekrutiert, um eine regierungsfähige Mehrheit im Landesparlament zu bilden. Abzuwarten bleibt, ob die BSP ihre Wur-

zeln in der Dalitwählerschaft verlieren wird oder weiterhin als Interessenvertreterin der Dalits auf deren Unterstützung bauen kann.

Spirale der Gewalt dreht sich weiter

In der Krisenregion Nordosten der Indischen Union kam es in der jüngsten Vergangenheit wieder vermehrt zu schweren Übergriffen der Sicherheitskräfte auf die Zivilbevölkerung. Anfang März diesen Jahres reagierten Angehörige einer neuen Spezialeinheit, der 'Rashtriya Rifles', auf einen Angriff von Guerrillakämpfern in Kohima mit einer blindwütigen Schießerei, bei der sechs Zivilisten und zwei Polizisten getötet wurden. Nur eine Woche vor diesem blutigen Ereignis sorgten die Sicherheitskräfte in Tripura für Schlagzeilen, als sie neun jugendliche 'Tribals' erschossen. Und Anfang des Jahres wurden im Hof des 'North Eastern Regional Medical College' in Imphal neun Autorikshafahrer und ein Student des College von Angehörigen der 'Central Reserve Police Force'

(CRPF) regelrecht hingerichtet. Nachdem bei einem Angriff durch Extremisten ein Angehöriger ihrer Einheit getötet wurde, befahlen die Polizisten den Rikshafahrern sich im Hof des Colleges in einer Reihe aufzustellen, trennten die 'Einheimischen' von den 'non locals' - unter diesen ein Medizinstudent aus Arunachal Pradesh - und erschossen letztere.

Auch dem jüngsten Zwischenfall Anfang März war angeblich ein Überfall auf die Einheit der 'Rashtriya Rifles' vorausgegangen. Doch anstatt die 'Extremisten', die hierfür verantwortlich sein sollten, zu verfolgen, nahmen die Soldaten die Häuser am Ort des Geschehens unter Beschuß, setzten Handgranaten ein und schossen blindlings in die Menge.

Verantwortliche Offiziere und Politiker versuchen solche wilden Schießereien und Ausschreitungen mit den Spannungen und der ständigen Furcht vor Anschlägen, unter denen die Sicherheitskräfte im Nordosten stehen, zu rechtfertigen. In Armeekreisen wird die These

Die Enron-Story: Indische Dorfbewohner gegen US-Multis

Haben amerikanische Konzerne die indische Regierung über den Tisch gezogen? Könnten Provinzpolitiker in Maharashtra Schmiergelder kassiert haben, damit sie einem US-Firmenkonsortium den Bauauftrag für ein Kraftwerk mit außergewöhnlichen Konzessionen versüßten? Werden rechte Hinduparteien, die vor einigen Monaten die Macht in der Landeshauptstadt Bombay übernahmen, das Abkommen mit den Amerikanern kündigen? Seit Wochen macht in Indien das Projekt des Enron-Konsortiums Schlagzeilen; der kürzlich an der Westküste begonnene Bau eines 2.000 MW-Gasturbinen-Kraftwerkes. Die Zentralregierung in New Delhi preist es als Beweis dafür, daß ihre Wirtschaftsreform funktioniert, denn immerhin konnte man weltweit führende Firmen zur Investition in den chronisch kränkelnden Energiesektor gewinnen. Zu welchem Preis jedoch, fragen Wirtschaftsfachleute und Oppositionspolitiker. Sie veröffentlichten vertrauliche Verträge, durch die sich New Delhi verpflichtet, die Investoren für etwaige Verluste zu entschädigen. "Unsere Existenz steht auf dem Spiel", schrien kürzlich in Bombay 20.000 Dorfbewohner, deren Felder für dieses Projekt requiriert werden. Eine neue Volksbewegung entsteht im fruchtbaren Küstenstreifen südlich von Bombay. Politische Parteien von rechts bis ganz links unterstützen die Proteste von Bauern und Ureinwohnern gegen große Industrieprodukte: gegen das Enron-Kraftwerk, eine Kupferschmelze und eine Chemiefabrik des amerikanischen Multis DuPont. Sie fordern nun Taten von der neuen Landesregierung, einer Koalition nationalistischer Hinduparteien, die mit teilweise ausländischerfeindlichen Parolen und scharfen Angriffen gegen Enron den Wahlkampf gewonnen hatten. Vieles deutet aber darauf hin, daß die Landesregierung unter starkem Druck aus New Delhi und Washington das Enron-Projekt genehmigen wird.

Rainer Hörig

verbreitet, die extremistischen Aufstandsbewegungen in der Region verfolgten eine neue Strategie, mit welcher sie über gezielte Attacken gegen Armee- und Polizeieinheiten in dichtbesiedelten städtischen Gebieten solche Reaktionen gegen die Zivilbevölkerung provozieren wollten. Zuletzt hatte das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) mit einem Bombenanschlag auf den Expresszug 'Brahmaputra Mail', bei dem Ende Februar über 50 Angehörige der CRPF ums Leben kamen, von sich Reden gemacht.

In Assam werden Extremisten der 'Bodos' nach einer längeren 'Feuerpause' wieder aktiver und haben in den letzten drei Monaten mit brutalen Überfällen auf Zivilisten für Aufsehen gesorgt. Bei dem vorläufig letzten Zwischenfall erschossen sie neun Verkäufer von Lotterielosen in einem kleinen Ort 130 Kilometer nord-östlich von Guwahati. Solche Überfälle dienen offenbar dazu, die Nicht-Bodobe-völkerung aus den Orten zu vertreiben, in denen der Bevölkerungsanteil der Bodos noch nicht 50 Prozent beträgt, die jedoch nach Meinung der Bodos in das 'Bodo Autonomous Council' (siehe auch 'Südasiens' 3/94) aufgenommen werden sollten.

Hohe Strafen wegen Menschenrechtsverletzungen

Indischen Zeitungsberichten zufolge hat die indische Armee im vergangenen Monat 15 hochrangige Offiziere - darunter ein Oberst - wegen Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen gegen Zivilisten bei Razzien in Jammu und Kashmir verurteilt. Die Strafen reichen von Strafdiensten über Entlassungen bis zu zwölf Jahren Gefängnis für Vergehen, die von Übergriffen gegen Zivilisten, Vergewaltigung und Folter, bis hin zu Todesfällen in Haft reichen. So wurden drei Soldaten zu jeweils zwölf Jahren Gefängnis und drei weitere zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt, weil ihnen Vergewaltigungen nachgewiesen werden konnten. Nach Informationen der Nationalen Menschenrechtskommission sind zur Zeit 245 Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige der Grenzsicherungstruppen (BSF) anhängig.

Vorwürfe gegen Jayalalitha

Gegen die 'Chief'-Ministerin Tamil Nadus, Jayalalitha, ist aufgrund

schwerer Korruptionsvorwürfe ein Verfahren eingeleitet worden. Der politische Erzfeind Jayalalithas und Gouverneur Tamil Nadus, Channa Reddy, hat dem Präsidenten der 'Janata Partei', Subramanian Swami, grünes Licht für eine Anzeige gegen Jayalalitha wegen Korruption in zwei Fällen gegeben. Dabei geht es um den Verkauf von Regierungseigenem Land an die Firma 'Jaya Publications', an der Jayalalitha Anteile hat und um Unregelmäßigkeiten in Zusammenhang mit dem Import von Kohle aus Australien und Indonesien durch das 'Tamil Nadu State Electricity Board'.

Getrübtter Blick

Die indische Presse tendiert genau wie indische Politiker und die Regierung dazu, der indischen Öffentlichkeit ein sehr einseitiges Bild der öffentlichen Meinung in Pakistan zu vermitteln und feindschaftliche Gefühle zu schüren.

Ein jüngstes Beispiel hierfür ist die Berichterstattung über eine indisch-pakistanische NGO-Konferenz, die kürzlich in Delhi stattfand. Kurz vor Beginn der Gespräche starteten das pakistanische Außenministerium, Politiker der 'Jamaat-e-Islami' und der Verband der pakistanischen Zeitungsverleger eine Kampagne gegen diese Gespräche. So forderten die Zeitungsherausgeber zum Beispiel alle Journalisten in der pakistanischen Delegation auf, nicht an den Gesprächen teilzunehmen. In Zeitungsartikeln ging man auf pakistanischer Seite gar soweit, die pakistanischen Teilnehmer der Gespräche als Agenten des indischen Geheimdienstes zu bezeichnen - so wie in Indien jeder, der sich für eine Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen einsetzt, als Agent des pakistanischen Geheimdienstes bezeichnet wird. Auch wurde in Pakistan die Befürchtung laut, die Moral der Separatisten in Kashmir könne durch das Treffen in Delhi untergraben werden.

Diese 'Befürchtungen' wurden von der indischen Presse geradezu begierig aufgegriffen und der indischen Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, die gesamte pakistanische Öffentlichkeit sei gegen das NGO-Treffen gewesen.

Tatsächlich gab es sowohl im Vorfeld der Konferenz, vor allem aber auch danach eine Reihe von äußerst positiven Kommentaren in der pakistanischen Presse. So warf zum Beispiel 'News' beiden Regie-

rungen vor, sich von ihrer eigenen Rhetorik hypnotisieren zu lassen.

In dem Artikel heißt es weiter, "die Straße zum Frieden führt nicht durch die Hauptstädte der beiden Länder, doch über einen Dialog zwischen den Menschen, den beide Länder nicht wollen, glücklicherweise jedoch nicht verhindern können." Das Versagen der indischen Presse, von diesen und anderen positiven Berichten Kenntnis zu nehmen und sie ihren Lesern zu vermitteln, verhindert, daß die indischen Zeitungsleser ein objektiveres Bild von der öffentlichen Meinung in Pakistan erhalten.

Abkommen mit Iran unterzeichnet

Mit dem Besuch des iranischen Präsidenten Rafsanjani in Indien deutet sich eine weitere Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern an. Wichtigstes Ergebnis dieses Besuchs war die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Indien, dem Iran und Turkmenistan, durch das Indien den wirtschaftlich bedeutenden und benötigten Zugang zu Zentralasien erhält. Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern von großer Bedeutung ist die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zur Exploration und Produktion von Öl und Gas in Indien, dem Iran und weiteren Ländern.

Der Besuch kann auch für das außenpolitische Gleichgewicht in der Region von großer Bedeutung sein, da der iranische Präsident deutlich gegen Pakistan Stellung bezogen hat und die neutrale Haltung seines Landes in Bezug auf den Status von Kashmir betonte. Angesichts der jüngsten Boykottaufrufe gegen den Iran durch die USA, kommt Indien als politischer Partner den Iranern wie gerufen und Indien gewinnt einen Partner in der islamischen Welt, die bisher durch die Spannungen zwischen Indien und Pakistan eher gegen Indien gestimmt war. Indien hat zugestimmt, Iran bei der Wartung und der technischen Unterhaltung seiner Marine zu unterstützen und ein weiterer Ausbau dieser militärischen Kooperation wird angestrebt.

Siemens Indien

Die Entscheidung der indischen Regierung, den Energiesektor für die Privatindustrie zu öffnen, wurde von Siemens (Indien) umgehend

genutzt, nicht nur große Exportaufträge aus Malaysia, Indonesien und Ägypten zu bekommen, sondern auch den Auftrag, die Ausführung eines 655 MW Kraftwerkes in Gujarat zu übernehmen. Ohne Siemens (Indien) würde die Energieversorgung des Landes wohl zusammenbrechen, stammen doch 50 Prozent aller technischen Anlagen zur Energieerzeugung in Indien von diesem Unternehmen. In Aurangabad investiert Siemens zur Zeit über 300 Millionen Rupien in eine Fabrik für Glasfaserkabel. In Kalkutta entsteht ein 500 Millionen Rupien teures Werk zur Herstellung von modernsten 'Transmitteranlagen'. Diese und andere Aktivitäten vor allem im Bereich der Telekommunikation führten dazu, daß Siemens (Indien) im Wirtschaftsjahr 1993/94 eine Dividende von 45 Prozent zahlen konnte, gegenüber 35 Prozent im Jahr zuvor.

Softwareindustrie im Aufschwung

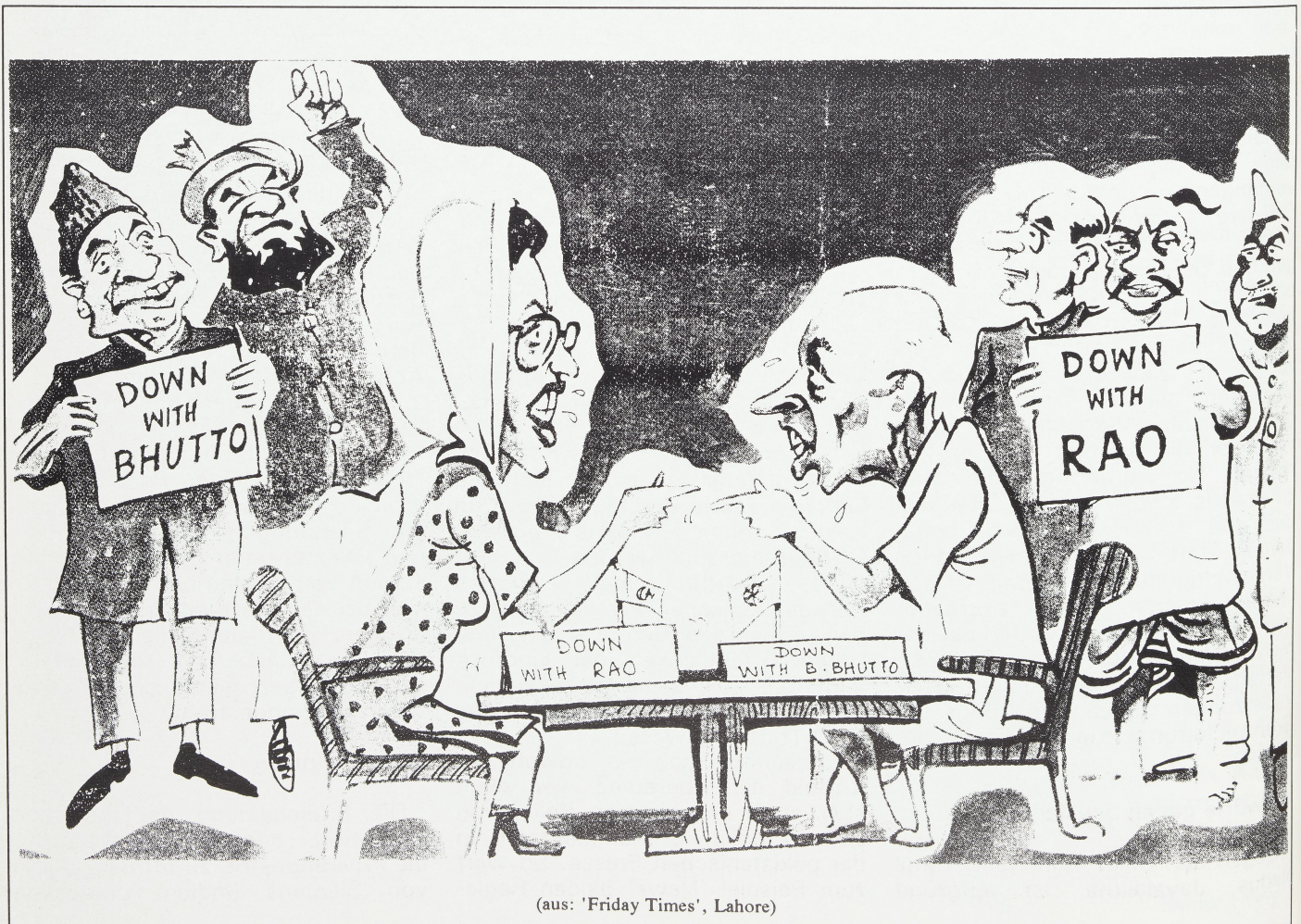
Die indischen Softwareproduzenten erzielten im vergangenen Wirtschaftsjahr Gesamteinnahmen von über 2.600 crore Rupien (1.2 Milli-

arden DM), was einen Anstieg von über 400 Millionen DM im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Dabei entfielen mit etwa 500 Millionen US-Dollar etwa die Hälfte dieser Einnahmen auf Exporte. Die USA und Kanada hatten hieran den größten Anteil, die Europäische Union folgt mit knapp 20 Prozent auf Rang zwei. Der Erfolg wird unter anderem darauf zurückgeführt, daß es bisher 25 indischen Softwareunternehmen gelungen ist, den ISO 9000 - Standard zu erhalten, der ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert. Bis zum Jahresende 1995 werden es schon 75 Softwarehäuser sein, die über diesen Standard verfügen und damit Indien zu dem Land mit den weltweit meisten Softwareunternehmen machen, die diesen internationalen Qualitätsstandard besitzen. Es wird erwartet, daß die Exporterlöse dieses Wirtschaftszweiges im Wirtschaftsjahr 1996/97 die Grenze von einer Milliarde US-Dollar überschreiten.

Widerstand gegen Chemiefabrik

Seit zehn Jahren kämpfen Bürger-

initiativen und NGOs in Goa gegen die Errichtung einer Nylon-Fabrik in Goa. Thapars-DuPont Limited (TDL), ein indisch-amerikanisches Gemeinschaftsunternehmen, ist die treibende Kraft hinter dem 200 Millionen US-Dollar teuren Projekt. Nach ihrer Fertigstellung wird die Fabrik die größte ihrer Art in Asien sein und Nylon 6,6 produzieren, das vor allem für die Autoreifenherstellung benötigt wird. Die Jahreskapazität des Werkes soll 18.000 Tonnen betragen, 650 Menschen sollen hier Arbeit finden. Die Befürchtungen der Projektgegner richten sich vor allem gegen mögliche Umweltbelastungen. So benötigt das Werk täglich 260.000 Liter Wasser. Gegen Ansprüche und Schadenersatzforderungen im Falle eines Unfalls hat sich DuPont vertraglich abgesichert. Danach soll DuPont vor allen Ansprüchen, die in Indien aufgrund von Verletzungen oder Todesfällen erhoben werden könnten, geschützt werden. Das heißt, im Falle eines Unfalls kann das multinationale Unternehmen aus Amerika nicht zur Rechenschaft gezogen werden.



(aus: 'Friday Times', Lahore)

Vom Mythos einer "friedlichen Atomwelt"

In New York tagt seit dem 18. April die UN-Konferenz über die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. In seiner Rede vor den Delegierten zog der amerikanische Außenminister Christopher ein positives Resümee des seit 1970 in Kraft getretenen Abkommens: "Der Atomwaffensperrvertrag hat die Abrüstung vorangetrieben, die friedliche Nutzung der Kernenergie begünstigt und vor allem das Risiko eines Atomkriegs verringert".

Rückblende/Dezember 1989: In der Wüste Rajasthans, nahe der pakistanischen Grenze, beginnt das indische Manöver Brass Tack. Die indischen Streitkräfte sind auf Befehl des indischen Generals Krishnaswami Sundarji mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet. Pakistan reagiert sofort mit der Entsendung von Streitkräften in die Grenzregion. Zum gleichen Zeitpunkt erreichen die Spannungen beider Länder um die nordindische Region Kaschmir ihren Höhepunkt. Die pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto erklärt öffentlich den Beginn eines 1000-jährigen Krieges zur Befreiung Kaschmirs. Ihr indischer Kollege V.P. Singh ruft seine Landsleute dazu auf, psychologisch auf einen Krieg vorbereitet zu sein. US-Überwachungssatelliten übermitteln im Mai 1990 Fotos, die auf eine Evakuierung des pakistanischen Kernwaffenzentrums in Kahuta bei Islamabad hindeuten. Nach Informationen der US-Aufklärung fährt ein stark bewachter LKW-Konvoi von einem mutmaßlichen Atomwaffenlager in den Bergen Belutschistans zu einem Luftwaffenstützpunkt. Dort warten bereits F-16-Bomber, in vollem Alarm und mit den Piloten am Steuerknüppel, jederzeit bereit zum Losschlagen.

Dr. Abdul Quader Khan, Leiter des pakistanischen Kernwaffenprogramms erklärt gegenüber einem indischen Journalisten: "Wenn wir mit dem Rücken an die Wand gedrängt werden, wird es keine andere Option als die nukleare geben". Nur dem Krisenmanagement des US-Vermittlers Robert Gates ist es zu verdanken, daß kein Krieg ausbricht. Robert Gates, stellvertretender nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident George Bush, beschreibt später die Situation mit den Worten: "Ich war davon überzeugt, daß der Krieg, wenn es ihn geben, würde ein Atomkrieg sein würde". Die Enthüllungen des amerikanischen Journalisten Seymour M. Hersh zeigen, daß die Gefahr regionaler Atomkriege nach dem Ende des Kalten Krieges keinesfalls gesunken, sondern eher noch gestiegen ist. Daran hat auch der Atomwaffensperrvertrag nichts ändern können. Was jedoch noch viel wichtiger ist: im Falle Indiens und Pakistans hat das Abkommen versagt; es hat die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht verhindern können. Indien zündete seinen ersten Sprengkörper unterirdisch am 18. Mai 1974 in der Wüste von Rajasthan. Heute verfügt Indien über acht Kernkraftwerke und eine eigenständige nukleare Infrastruktur. "Atomar gibt es nichts, was Indien nicht kann", erklärt Dr. Chidambaram, Vorsitzender der indischen Atomenergie-Kommission. Schätzungen zufolge besitzt Indien genügend Spaltmaterial für 40-60 hochentwickelte Kernwaffen und eine Mittelstreckenrakete, mit der sich, nuklear bestückt, jedes Ziel in Pakistan sowie weite Teile Chinas zerstören lassen.

Im August 1994 bestätigte der pakistanische Ex-Premierminister Nawaz Sharif, daß Pakistan die Atomwaffe besitzt. Nach Angaben des US-Geheimdienstes verfügt Pakistan über genügend waffenfähiges Uranium, um mindestens 16 Sprengköpfe herzustellen. Die Produktion waffenfähigen Plutoniums steht kurz vor dem Beginn. Indien und Pakistan haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet. Damit entzogen sich beide Länder einer umfassenden Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO). Dies ist jedoch nicht der Grund für das große Atomwaffenpotential auf dem Subkontinent. Vielmehr haben die Industrieländer durch atomaren Know-how-Transfer und Lieferungen sensitiver Technologie zu dieser Situation beigetragen. Es gilt das Motto: Was scheren mich moralische Erwägungen oder Vertragsverpflichtungen, wenn der Profit stimmt. Die USA halfen Indien beim Aufbau einer Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage. Jahrzehntlang sammelten indische und pakistanische Wissenschaftler atomares Fachwissen in den Kernforschungseinrichtungen der USA und der BRD (Karlsruhe und Jülich). Zwei der sieben indischen Reaktoren zur Produktion des Bombenstoffs Schwerwasser stammen aus der BRD. Die 'Neue Technologien GmbH & Co. KG' exportierte nach Pakistan eine acht Millionen US-Dollar teure Anlage zur Herstellung von Tritium, das zur Steigerung der Zerstörungskraft benötigt wird. Darüberhinaus legt das indische Beispiel den Geburtsfehler des Atomwaffensperrvertrages bloß: den Irrglauben von der "friedlichen Nutzung" der Atomenergie.

Die ersten beiden Forschungsreaktoren erhielt Indien aus Kanada. Die indische Regierung stimmte einer Kontrolle durch die IAEO zwar zu, aber keine darüber hinausgehenden Inspektionen weiterer Atomanlagen. In den kontrollierten Einrichtungen sammelte Indien die Erfahrungen für Bau und Betrieb weiterer, von ausländischer Mitwirkung unabhängiger Reaktoren. In diesen kann Indien seit 1981 militärische Interessen verfolgen, ohne Überwachungsmöglichkeiten der IAEO. Ernst David Bergmann, "Vater" der israelischen Atombombe brachte es bereits 1966 auf den Punkt: "Die Entwicklung der zivilen Atomenergie birgt immer die Option auf die Bombe. Es gibt nicht zwei verschiedene Atomenergien". Während in New York noch verhandelt wird, ist bereits die nächste Runde im atomaren Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan eingeläutet. Das indische Militär plant den Bau einer Wasserstoffbombe. Das dafür benötigte Beryllium wurde bereits von der Degussa geliefert: mit der Genehmigung deutscher Behörden.

Jürgen Neitzel

Das Unternehmen hat sich zwischenzeitlich entschieden, in einem anderen indischen Bundesstaat zu investieren.

UNICEF-Bericht: Kindersterblichkeit in Indien weiterhin hoch

Nach Angaben des UNICEF-Berichts 1995 hat Indien sein Ziel, die Kindersterblichkeitsrate auf 143 pro 1.000 zu senken, deutlich über-

schritten, während dagegen der Anteil der Neugeborenen mit einem zu niedrigen Geburtsgewicht mit 70 Prozent noch immer viel zu hoch ist. Die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahre ist laut UNICEF in Indien auf 122 pro 1.000 gesunken und 62 Prozent der Neugeborenen erreichen das fünfte Lebensjahr.

Dem Bericht zufolge hat Indien im vergangenen Jahr deutliche Fort-

schritte hinsichtlich der Gesundheitsversorgung für Kinder gemacht. So sei zwar zum Beispiel Vitamin A - Mangel bei den unter zwei Jahre alten Kindern noch immer ein Problem, doch könne das Ziel einer ausreichenden Versorgung mit diesem Vitamin für 80 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe noch in diesem Jahr erreicht werden. Der Bericht sieht außerdem positive Entwicklungen im Bereich

der Krankenhausversorgung von Kindern, bei der Entwicklung von Normen für Babynahrung und Mutterschutzregularien.

Als erstes Problem erweist sich, so UNICEF, die hohe Zahl von Kinderprostituierten, die in Indien auf 400.000 bis 500.000 geschätzt wird. Mangels verlässlicher Zahlenangaben wird die Zahl der Kinderarbeiter in Indien irgendwo zwischen 17 und 100 Millionen angesetzt.

'Shiv Sena' "säubert" Bombay

Nur wenige Wochen nach ihrem überwältigenden Wahlsieg, hat die 'Shiv Sena' in Bombay damit begonnen, ihre Wahlversprechen einzulösen: Polizeitrupps durchkämmen Squatter- und Hütensiedlungen und suchen nach illegalen muslimischen Einwanderern aus Bangladesh und Pakistan. Den Vorwand zu diesen Polizeiaktionen lieferte 'Shiv Sena'-Chef Bal Thackeray mit einem angeblichen Anruf militanter Einwanderer aus Bangladesh bei der Parteizeitung 'Saamna', in dem diese mit Anschlügen gegen Thackeray drohten. Nach einem in dieser Zeitung veröffentlichten Bericht hatten Ende März anonyme Anrufer, die sich selbst als 'bengalische Muslime aus Bombay' identifizierten, damit gedroht, Bal Thackeray und den neuen 'Chief'-Minister Maharashtra Manohar Joshi zu ermorden. In einem Artikel in 'Saamna' reagierte Thackeray auf diese angeblichen Drohanrufe mit einer weiteren seiner bekannten Haßtiraden gegen Muslime aus Bangladesh und Pakistan. "Wenn mir auch nur ein Haar gekrümmt wird", so Thackeray, wird diese 'Community' von der Erde getilgt werden. Meine 'Shiv Sainiks' werden diese 'Community' vernichten und damit nicht bis zur elften Stunde warten...". Thackeray fordert in dem Artikel die Polizei auf, seine 'Kämpfer Shivas' bei der Jagd auf illegale muslimische Einwanderer aus Bangladesh zu unterstützen und stellte der Polizei ein Ultimatum, innerhalb von 15 Tagen die illegalen Einwanderer aus Bombay zu entfernen.

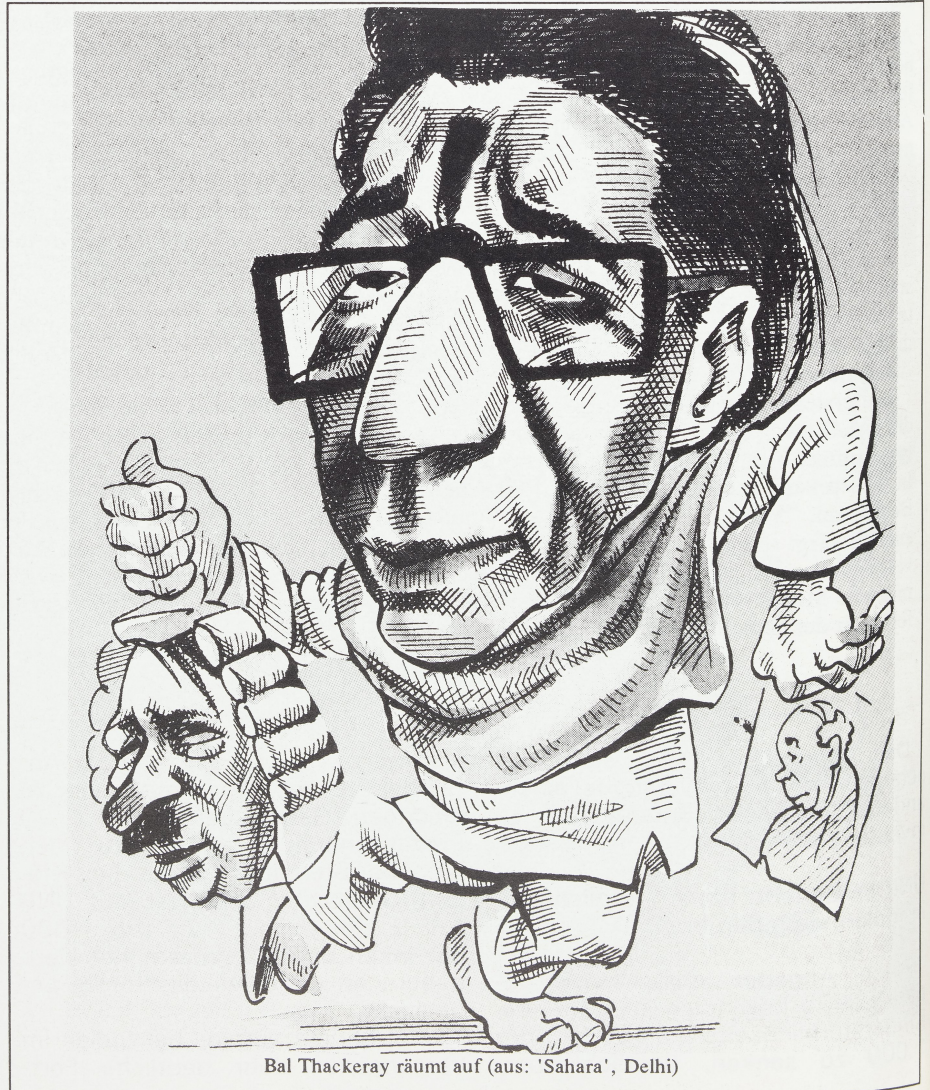
'Chief'-Minister Joshi, als dessen 'Fernsteuerung' sich Thackeray versteht, begrüßte die Initiative Thackerays, gegen 'Verräter' vorzugehen. Mit seiner Bemerkung, er sei stolz darauf, wie Thackeray auf die Bedrohung durch Verräter reagiert habe, stimmte er der Aufforderung des 'Shiv Sena'-Chefs an

seine 'Soldaten' zu, das Gesetz in ihre eigenen Hände zu nehmen, anstatt gegen Thackeray wegen kommunalistischer Hetze und Unruhestiftung vorzugehen.

Die Polizei hat nun damit begonnen, jeden Muslim, der keine gültigen Papiere vorlegen und damit seine indische Staatsbürgerschaft nachweisen kann, als illegalen Einwanderer nach Bangladesh abzuschicken. Opfer dieser Politik werden immer wieder auch indische Muslime, die zum Beispiel während der Unruhen von 1992 ihre gesamte Habe, einschließlich ihrer Papiere, verloren haben und nun als illegale 'identifiziert' werden. Daß es Hitlerverehrer Thackeray und seiner 'Shiv Sena' tatsächlich weniger um illegale Einwanderer sondern um Muslime als solche geht, wird auch daran deutlich, daß nur auf muslimische, nicht jedoch auf hinduistische Einwanderer Jagd gemacht wird.

Eine Überprüfung der Wählerlisten Bombays hatte ergeben, daß 42.000 Menschen in diese aufge-

nommen worden waren, ohne daß sie über Dokumente verfügen, mit denen sie ihre Identität als indische Staatsbürger hätten belegen können. Während für die Gerichte, die ihnen erlaubten, an den Wahlen teilzunehmen, das Fehlen solcher Papiere kein Beweis dafür ist, daß es sich um illegale Einwanderer handelt, steht für Thackeray fest: "42.000 Muslime aus Bangladesh und Pakistan sind schon in die Wählerlisten Bombays aufgenommen worden." Doch Thackeray, der sein Land dafür bedauert, daß er nicht Premierminister ist, hat seine Ziele noch weiter gesteckt. Er hat die Einführung eines 'Permit'-Systems angeregt, mit dem der Zuzug von Menschen außerhalb Maharashtra nach Bombay gestoppt werden soll. Sollte Bombay dem von Thackeray versprühten kommunalistischen Gift erliegen, ist zu befürchten, daß seine Form der gewalttätigen Konfliktlösung, die alle zivilgesellschaftlichen Normen und Regeln weit überschreitet, zum politischen Standard in Indien wird.



Bal Thackeray räumt auf (aus: 'Sahara', Delhi)

Tehri-Staudamm: Sunderlal Bahuguna im Hungerstreik verhaftet

von Bruni Weißen

Der indische Umweltschützer Sunderlal Bahuguna, der sich seit Jahrzehnten für die Ökologie des Himalaya einsetzt, wurde am 9. Juni, dem 31. Tag seines Hungerstreiks, verhaftet. Die Polizei brachte ihn von seinem Protest-Camp in der Nähe des Tehri-Staudamms in ein 250 Meilen entferntes Krankenhaus in Delhi, wo er vermutlich zwangsernährt werden soll. Bahuguna hatte angekündigt, daß er solange fasten würde, bis die indische Regierung die Bauarbeiten am Tehri-Staudamm einstellt und eine unabhängige Kommission zur Überprüfung des Projektes einsetzt. Der indische Umweltminister Kamal Nath scheint gewillt, eine Gruppe von Experten zur Überprüfung des Tehri-Projektes am Fuße des Himalaya einzusetzen, aber der Minister für Energie, N.K.P. Salve, besteht darauf, daß die Bauarbeiten am Damm fortgesetzt werden.

Medha Patkar, die bekannte Symbolfigur der 'Narmada Bachao Andolan' (Bewegung zur Rettung der Narmada), war einige Tage zuvor auf dem Weg

nach Tehri kurzzeitig verhaftet worden. Frau Patkar versuchte, das Camp von Sunderlal Bahuguna zu erreichen; der Zutritt zum Staudammgelände war ihr offiziell verboten worden. Dieses Verbot gegen sie besteht auch weiterhin.

Der Tehri-Staudamm soll Indiens höchster und weltweit der fünfthöchste Staudamm werden. Seitdem das Projekt 1972 bewilligt wurde, gab es jedoch heftige Auseinandersetzungen und finanzielle Probleme mit diesem Projekt. Der Bau befindet sich noch immer im Anfangsstadium. Er wird in einem Tal im westlichen Himalaya gebaut, das als eines der erdbebengefährdetsten Gebiete weltweit bekannt ist. Internationale Experten stimmen darin überein, daß die Konstruktion des Damms einem starken Erdbeben, wie es während der Lebensdauer des Damms auftreten könnte, nicht standhalten würde. Das Leben von Hunderttausenden ist in Gefahr, wenn der Tehri-Damm vollendet wird.

Über 100.000 Menschen müssen für das Reservoir an der 260 Meter hohen

Staumauer umgesiedelt werden, 27.000 Hektar fruchtbarsten Ackerlandes würden überschwemmt. Die offiziellen Schätzungen für die Kosten des Damms sind von zwei Milliarden Rupien (etwa 500 Millionen DM nach damaligem Wechselkurs) 1969 auf 60 Milliarden Rupien (etwa drei Milliarden DM) 1994 gestiegen. Eine Kosten-Nutzen-Analyse, die 1988 von der indischen National-Stiftung für Kunst und kulturelles Erbe durchgeführt wurde, errechnete, daß der Damm sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht lohne: Für jede ausgegebene Rupie entstehen nur Einnahmen von 0,56 Rupien.

Der Damm soll 2.000 Megawatt Energie und nach offiziellen Angaben Wasser für Bewässerung und Trinkwasser liefern. Gegner des Projektes sind jedoch der Meinung, daß das Projekt diese Versprechungen nicht einhalten kann, da die projektierte Wassermenge weit überschätzt wurde. Sehr wahrscheinlich wird sich der Stausee auch sehr viel schneller mit Sedimenten füllen - und damit unbrauchbar werden - als geplant.

Ein von der Regierung 1979 eingesetztes Komitee, das die ökologischen und seismologischen Aspekte des Projektes untersuchen sollte, kam nach 6 Jahren zu dem Ergebnis, daß das Projekt aufgegeben werden solle. Studien und Umweltschutzpläne, die notwendig sind, damit das Umweltministerium seine Zustimmung zu dem Projekt gibt, sind noch immer nicht erstellt. Dennoch wurden die Arbeiten am Staudamm beschleunigt, als die Sowjetunion 1986 ihre finanzielle und technische Unterstützung zusagte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versiegte diese Unterstützung.

Bereits 1992 hatte Premierminister Rao Sunderlal Bahuguna nach einem 45-tägigen Hungerstreik zugesichert, daß das Projekt von einem hochrangigen Komitee evaluiert werden solle. Zwar wurden die Bauarbeiten am Damm eingestellt, aber die Untersuchung fand nie statt. Im März 1994 berichtete die indische Presse, daß das indische Kabinett der Wiederaufnahme der Bauarbeiten zugestimmt habe. Am 14. April 1995 begannen die Arbeiten am Schleusendamm, der den Fluß um die eigentliche Dammbaustelle leiten wird.

(Nach Informationen des 'International Rivers Network', Berkeley, USA.)



Der Tehri im Bundesstaat Uttar Pradesh (Foto: 'Frontline')